

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Relations-Druck und Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich. — Redakteur: Paul Jorjisch in Biebrich a. Rh. — Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

14. Jahrgang.

2tc. 180.

Befestmachung.

Beziehungen.
Betreff: Vorführung von Pferden zur Erfüllung
des Friedensvertrages.

Zwecks Aufbringung der noch zur Erfüllung des Friedensvertrages an Frankreich und Belgien abzuliefernden Pferde findet am Samstag, den 15. Mai in nachstehenden Orten eine Auktion sämtlicher Hengste und Stuten aller Rassen über 1½ Jahre statt, mit Ausnahme der bereits schon einmal an die Alliierten abgelieferten und wieder zurückgekommenen Pferde. Wallache sind nicht vorzulegen.

Die Pferdebesitzer und Pferdehalter werden hierdurch aufgefordert, sämtliche hiernach in Betracht kommenden Pferde rechtzeitig an den nachbenannten Stellen zu den festgelegten Terminen der Pfrierungskommissionen in alphabetischer Reihenfolge der Besizer vorzuführen. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200 000 Mark bestraft und haben die zwangsweise Vorführung der Pferde zur Folge.

Wit der Aufnahme in die Musterungslisten sind die aufgenommenen Pferde auf Grund des § 5 des Gesetzes über Entgelten und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages (Reichsgesetzblatt S. 1527) für das Reich beschlagnahmt. Jeder Orts- oder Beschlagnahmewechsel ist nach der Beschlagnahme ohne meine Genehmigung verboten.

Die Rüstung wird von dem Bürgermeister oder dessen Stellvertreter der Rüstungsgemeinde geleitet. Die Gemeindevorstände haben, soweit sie nicht als Leiter der Rüstung tätig sind, zur Rüstung einen Vertreter zu entsenden, der die Vollständigkeit der Gemeindefliste zu bezeugen hat.

Die Kulturlagerungskommission hat nach Eintragen der angemerkten Pferde für jede Gemeinde die Liste abzuschließen und die Vollständigkeit am Schluß zu bezeichnen.

Maßnahmenplan.

Am Samstag, den 15. Mai 1920.
Aufzugsorte: Viebried. Aufzugsort:
Hiesbadenerstraße am Schloßpark.
Gemeinde Viebried vorm. 7½ Uhr,
Gemeinde Schierstein vorm. 8 Uhr,
Gemeinde Frauenheim vorm. 8 Uhr,
Gemeinde Dohheim vorm. 8 Uhr,
Gemeinde Georgenborn vorm. 8 Uhr.
Am Sonntag, den 15. Mai 1920.

Am Samstag, den 15. März 1920.
 Rufungsorte: Erbenheim, Rufungsort:
 dem Rennplatz.
 Gemeinde Erbenheim vorm. 10 Uhr,
 Gemeinde Bierstadt vorm. 10½ Uhr,
 Gemeinde Rardenstadt vorm. 10½ Uhr,
 Gemeinde Hüllau vorm. 11 Uhr,
 Gemeinde Delfenheim vorm. 11 Uhr,
 Gemeinde Safftadt vorm. 11½ Uhr,
 Gemeinde Bredenheim vorm. 11½ Uhr,
 Hof Wehldehausen vorm. 11½ Uhr.
 Am Samstag, den 15. März 1920.

In der Wälderrstraße.
 Gemeinde Weisbach nachm. 2 Uhr,
 Gemeinde Eddersheim nachm. 2 Uhr,
 Gemeinde Wälder nachm. 2 Uhr,
 Gemeinde Rittersheim nachm. 2½ Uhr,
 Gemeinde Muffenheim nachm. 2½ Uhr,
 Gemeinde Hochheim nachm. 3 Uhr,
 Gemeinde Dickenborn nachm. 3 Uhr.
 Am Samstag, den 15. Mai 1920.
 In der Bierdierstraße.
 Gemeinde Kuppenheim nachm. 5 Uhr,
 Gemeinde Heßloch nachm. 5 Uhr,
 Gemeinde Sonnenberg nachm. 5 Uhr,
 Gemeinde Wiedenbach nachm. 5 Uhr,
 Gemeinde Naurod nachm. 5½ Uhr,
 Gemeinde Rumbach nachm. 5½ Uhr,
 Gemeinde Auringen nachm. 5½ Uhr,
 Gemeinde Weßbach nachm. 5½ Uhr.
 Wiesbaden, den 7. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisangehörigen.
J. Nr. 11. Am. 5065. 3. B.: Schmitt.

Die Geschäfte des Standesbeamten in Weilsbad sind dem Bürgermeister Lorenz Buch IV und jenen des Standesbeamtinnenstellvertreters dem Beigeordneten Peter Müller IV dort übertragen worden. Weilsbad, den 6. April 1920.

Der Landrat.
J. B.: Schmitt.

[illegible]

Schriften sind Todesfälle an übertragbaren Krankheiten bisher von den behandelnden Ärzten nicht immer zur Anzeige gebracht worden.

Indem ich auf diese Einzelgepflicht ausdrücklich hinweise, mache ich gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die Unterlassung der Anzeige im § 25 Ziff. 1 des angeführten Gesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haftstrafe bedroht ist.

Wiesbaden, den 6. April 1920.

Der Syndrat,
J. B. Schlitt.

Krentholde Landesversammlung

— bz Berlin, 7. Mai. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Carnitz (D. Zpt.) fragt, ob die Staatsregierung in der Lage sei, nunmehr über das Ergebnis der Untersuchung über die Michtigkeit der Steuererklärungen des früheren Finanzministers Cräbbergen Auskunft zu geben. Ein Regierungskommissionar antwortet, daß im Hinblick auf die Vorgeschriften der Steuergeetze und nach den bisher befolgten Grundsätzen die Staatsregierung nicht in der Lage sei, die erbetene Auskunft zu erteilen. Es folgt die Berichterstattung über die Besoldungsvorlage. Die Staatsregierung hat den Gehaltentwurf der Bereitstellung von Mitteln zur Dienstfremdenbesoldung als ein ges. Mantelgesetz mit einem weiteren Gehaltentwurf gleichzeitig vorgelegt, von denen sieben Besoldungsaufbesserungen und zwei Vorschläge zur Deckung der entstehenden Mehrausgaben enthalten. Die Pfarrbesoldungen werden entgegen den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien demüthigt, ebenso die beiden Deckungsgesetze und das Mantelgesetz. Die Annahme in der dritten Lesung erfolgt ohne jede Erörterung. Die Verabschiedung in der Schlussabstimmung erfolgt unter Beifall einstimmig. Finanzminister Lüdemann: Namens der Regierung und der Beamtenschaft danke ich dem Hause für die rasche entgegenkommende Erledigung dieser wichtigen Vorlage. Sie wird hoffentlich dahin führen, daß dem Staat ein zureichender arbeitswilliger Beamtenkörper erhalten bleibt. Auch für die Pensionäre ist in ausgiebiger Weise gesorgt. Mit der Vorlauf- und Aufbaufwirtschaft wird ein Ende gemacht werden. Die neuen Gehälter werden mit größter Beschleunigung zur Auszahlung kommen. — Es folgt die erste Beratung des Gesetzes zur Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und zur Auflösung des Hausmeistertums. Ein Antrag von Trause (D. Zpt.) auf Ueberweisung des Vortrags an den Rechtsausschuß wird gegen die Rechte abgelehnt. Haller (Esp.) beantragt die zweite und dritte Beratung morgen fortzusetzen. Bei ein Rüderrück von 5 Mitgliedern anspricht, um die Durchführung der zweiten und dritten Beratung am gleichen Tage zu verhindern und die gesamten Rechte widerspricht, zieht Haller seinen Antrag zurück. Nächste Sitzung Mittwoch, 23. Juni, 2 Uhr. Schluss 2.45 Uhr.

Ebert verzichtet auf eine Wiederwahl. Die Wahl des Reichspräsidenten wird voransichtlich in der zweiten Hälfte des Monats August stattfinden. Wie es heißt, hat der jetzige Reichspräsident Ebert auf eine Wiederwahl verzichtet. Endgültige Entscheidungen über die Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten erfolgen erst nach den Reichstagswahlen.

des Reichs, 7. Mal. In den Zeitungsmitteilungen über die geistigen Beratungen mit der Reichs-Larstoffstelle ist ergänzend und zum Teil bereits mitzuteilen: Die von einigen Zeitungen an den Zeitungsbericht geknüpfte Wendung, daß eine Neuregelung der Kartoffelwirtschaft im nächsten Erntelahre durch die Schaffung einer Reichs-Kartoffelreferat von 100 Millionen Zentnern von allen Seiten Zustimmung gefunden habe und daß aus die Reichsregierung mit diesem Plan einverstanden sei, ist unrichtig. Die Regierung und die Minister für Ernährung und Landwirtschaft nehmen eine endgültige Stellungnahme zu dem Vorschlag noch nicht ein. In den bisher geführten Vorgesprächen und in der geistigen Sitzung wurden gegen die Durchführung des erwähnten Planes erhebliche Bedenken von verschiedenen Seiten geltend gemacht. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Die endgültige Beschlußfassung wird erst in einiger Zeit erfolgen.

38 Abgeordnete der Nationalversammlung bilden vorläufig auch Mitglieder des neuen Reichstages. Es sind die Vertreter der Abstammungsgebiete in Ostpreußen, Westpreußen und Oberpommern und die Vertreter von Schleswig-Holstein. Von den 38, die sich heute im Reichstag versammeln, haben 8 ein Zentrumsmittglied, 1 Sozialdemokrat, 8 Demokraten, 2 Deutschnationale und je ein Mitglied der Deutschen Volkspartei und des Hochrheinischen Bauernbundes. Die Wahlen für diese Gebiete finden bekanntlich erst im Oktober statt.

Auf dem Marsche zum 6-Stundentag.
Dresden. Die Forderungen der kommunistischen Bergleute Sachsens werden immer ohnmächtiger. Deren Einigkeit war tariflich ab 1. Mai mit den Bergleuten eine Beziehung von 45 bis 55 % für die Sechsstundentage, eingeflossen.

und Ausfahrt, außerdem Kinderzulagen. Verlangt wird jetzt ohne Berücksichtigung der tariflichen Vereinbarung die Sechsstundenschicht, gleichfalls Ein- und Ausfahrt eingeschlossen, also eine wirkliche Arbeitszeit von etwa 4½ Stunden. Für diese sollen bezahlt werden: dem 16jährigen Arbeiter 36 Mark, dem 24jährigen 60 Mark, wenn er zwei Kinder hat 75 Mark. Außerdem sollen noch die bekannten Lebensmitt Zulagen und jährlich 70 Pfennig besser Steinkohle zum Preise von 55 Pf. per Zentner gegeben werden.

Die Not der Zeitungen.

Zur Verhütung des Zusammenbruchs zahlreicher Zeitungen beschloß der anhaltische Landtag, den Vertreter des Inhalts im Reichstag zu beauftragen, für ausreichende Zuschüsse des Reichs zur Papierbeschaffung der Tagespresse zu wirken. Anhalt habe bereits 8000 Kammern Holz unter Freiheitspreis für diesen Zweck hergeben. „Das Reich verlange für dieses Jahr nur 6000 Kammern, eine Forderung, der man im Interesse unseres Kultur- und Wirtschaftslebens nachgeben müsse.“

Die Erfindung Krews eine polnische Erfindung.

Die Nachricht von der Besetzung Kiems durch polnische Truppen erregt den Tadel schon voraus. (Da auch von anderer Seite die Einnahme Kiems bestritten wird, hat man es hier offenbar mit einem polnischen Wankbrot zu thun. In der Kunst, Kriegserfolge zu heikeln und „glänzende Waffenthaten“ zu erschwindeln, scheint es der polnische militärische Gernegroß schon sehr weit gebracht zu haben.)

England.

3 London. Auf eine Anfrage Lord Robert Cecil erklärte Lord Lloyd im Unterhause die Behauptung des Londoner Arbeiters des „Tempo“, daß der Oberste Rat beabsichtige, sich in einen internationalen Regierungsorganismus zu verwandeln, der neben dem Völkerbund bestehe, für unrichtig.

Frankreich.

Am Orleans, 7. Mai. (Havas.) Die Jeanne d'Arc-Festlichkeiten haben heute unter großer Begeisterung begonnen. Nachmittags kam Marschall Foch an, der festlich empfangen und vom Bürgermeister begrüßt wurde. Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwiderte er, er sei glücklich, die Einladung der Stadt Orleans Folge leisten zu können, einer Stadt, die vor allem ihren Glauben an den reintrügerischen Ruhm der Jeanne d'Arc erhalten habe, die nicht nur für den Sieg Frankreichs kämpfte, sondern auch für seine Unabhängigkeit.

Maner stattete heute vormittag dem Ministerpräsidenten Miliard einen Besuch ab und teilte mit, daß in den nächsten Tagen die deutschen Reichs-Schaubeständigen in Paris eintreffen werden, die mit den französischen Schaubeständigen über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beraten sollen. Er fügte hinzu, daß seine Regierung dem Meinungs-
austausch günstig entgegenstehe.

Mus America.

dz Washington, 7. Mal. Der republikanische Senator France hat einen Antrag eingebracht, demnach Deutschland beim Ankauf von solchen Material, das es für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau notwendig braucht, beizustehen. Die Vorlage ermächtigt eine Körperschaft, 250 Millionen Dollars zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen zu leihen, wofür die Körperschaft festprozentige deutsche Wertpapiere erheben soll. Die Körperschaft ist mit dem Plane einverstanden.

23. Berlin, 8. Mai. - Beim Abschiedsappell der deutschen Fliegertruppe richtet General v. Seeb folgendes Ansprache an die verammelten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften: Am heutigen Tage legt die unspießwähre junge Waffe in der zum vollen Bestehen still und stolz die Waffe nieder. Am 8. Mai vollendet die deutsche Fliegertruppe die im Friedensvertrag von uns geforderte restliche Auflösung aller ihrer Formationen. Die Förderung der Auflösung ist die letzte Anerkennung die ihr der Gegner von gesetzmäßig widerwillig zollt. Am 1. September 1910 auf dem historischen Lebkühnsfeld von Döberitz von meinen talentvollen jungen Offizieren ins Leben gerufen, nahm die junge Waffe in den zehn Jahren ihres Bestehens eine ungeachtet schnelle und gemaitete Entwicklung. Im Weltkrieg wies sie sich mit ihren Größten als die besten aller Stämmeaffen der deutschen Armee bei. Erfüllt von der Pflicht, den auf der Erde schwer ringenden Schwärzern zu entlasten zu bringen, hat die Truppe doch oben in der Luft einen in Zahl weit überlegenen Gegner freier getroffen und ihn in ritterlichem Kampfe Mann gegen Mann unzählige Male kraftvoll geschlagen. Groß waren die Leistungen und Taten der Waffe im Kriege. Groß war die Zahl der blutigen Opfern die die Truppe in freudiger Hingabe dem Vaterlande brachte. Der Heldentod gerade so vieler in den höchsten deutschen Kriegsauszeichnungen und schmückter Flieger spricht eine stumme Sprache in den opferfrohen Geist der Truppe. Das Andenken der Helden, Niebthofen und all der anderen tapferen Helden der Luft wird die Arme stets heilig pflegen. In stolzer Trauer nimmt die deutsche Arme, das deutsche Volk Abschied von den treuen Kameraden der Luft. In der Geschichte der deutschen Arme wird das Ruhmbuch der Fliegertruppe nie verweilen. Die Waffe ist nicht tot, ihr Geist lebt!

hinz Paris, 7. Mai. Manas meldet: Die alliierten Regierungen haben noch nicht offiziell den Termin der Konferenz in Spa mitgeteilt; es ist aber wahrscheinlich, daß der deutsche Geldsträger, Kaiser im Laufe der Unterredung mit Alliierten darauf angespielt hat. Man versteht die Grundsätze, die die Regierungenvertreter beinagen, eine Verabingung zu fordern. Das Kabinett Müller kann nur bis zu den nächsten Wahlen bestehen. Es schreibt nicht genügend Autorität zu, um Deutschland für die Zukunft in der Frage der Wiedergutmachungen zu verpflichten. Andererseits fürchten die deutschen Politiker, die nach Spa geschickt werden, die persönliche Verantwortung vor dem deutschen Volke am Vorabend der Wahlen. Die deutsche öffentliche Meinung hatte geglaubt, daß in Spa der Friedensvertrag von Versailles in Sprache fände; die alliierten Regierungen erklären jedoch, in keinem Falle auf eine Diskussion des Vertrages einzugehen. Die deutschen Delegierten haben also eine unangenehme Rolle. Folglich zeigt die gesamte deutsche Presse und die Regierung wenig Interesse für alles das, was in Spa zur Verhandlung kommt. Die alliierten Staatsmänner werden sich darauf beschränken, zu antworten. Belgien wird beauftragt, die Organisation zu übernehmen und wird speziell einen Standpunkt zur Geltung bringen. Sollte die Konferenz die Verabingung beschließen, so wird die Lösung der Frage der Wiedergutmachungen hinausgeschoben, andererseits wird die Ungewissheit darüber, welche Beschlüsse die Alliierten auf der Konferenz fassen, einen ungünstigen Einfluß auf die Arbeiten der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel ausüben, die Anfangs Juni zusammentritt und logischerweise das in Spa begonnene Werk auf anderem Gebiete fortsetzen wird. Schließlich wird sich dieser Aufschub noch in die Länge ziehen; denn nach der Reichstagswahl und der Bildung des neuen Kabinetts wird Deutschland zur Wahl eines neuen Präsidenten streiten, wenn es im Einvernehmen mit dem Volke handeln will.

aus sicherer Quelle erfährt, wird die deutsche Regierung von der französischen Regierung die Vertragung der auf den 25. Mai festgelegten Konferenz in Spa mit Rücksicht auf die deutschen Reichstagswahlen verlangen.

Preisfestlegung und Frankfurter Messe.

Private Versicherungen besagen, daß in Rücksicht auf die allgemeine Kaufkraft der jüngsten Zeit die Frankfurter Wesse ein höheres Niveau bedeute. Die bis jetzt vorliegenden sachlichen Presseberichte bedeuten leider die volle Befestigung obiger Versicherungen. Der Sonderberichterstatter der „Vollz.“, Fritz Raphael, gibt in seinem Bericht eine Darstellung der Zusammenhänge zwischen Preissteigerung, Angleichung an den Weltmarktpreis und Valuta und läßt so erkennen, warum auf der Frankfurter Wesse eine Art Abschaumhochstimmung herrscht. Raphael bemerkt u. a.:

Was nun das Geschäft selbst anbelangt, so herrscht im großen und ganzen eine Art Kälte- und Hoffnungslosigkeit. Die Messe fällt in eine Zeit, in der auf allen Gebieten des Warenmarktes eine Schwächung eingetreten ist, weil das Preisniveau im Zusammenhang mit der Besserung der Salina-Verhältnisse ist, und weil aber noch niemand weiß, wie weit sich auf den einzelnen Gebieten der Abbaues der Preise von den Rohstoffmärkten auf die Fabrikate fortzupflanzen wird. Für zahlreiche Rohstoffe sind die Hersteller auf Grund ihrer Herstellungskosten noch gar nicht geneigt, die Preise herabzusetzen. Die Preisliste des Zentralverbandes für die elektrotechnische Industrie hat beispielsweise noch für den Mai keine Preisaufschläge festgelegt. Für Metallwaren sind bisher nur die Preise für reine Silberwaren um etwa 10 v. H. für Goldwaren um etwa 20 bis 30 v. H. herabgesetzt worden. Alle anderen Metallwaren behalten noch ihren Preis, wenn sich auch zu diesen Preisen keine Käufer im Überflusse finden.

Über selbst für Leder und Schuhe, bei denen Preisserhöhungen von 40 bis 50 p. v. vorgenommen wurden, konnten nur ganz geringe Ermäßigungen selbst zu den ermäßigten Preisen erzielt werden. Einzelne Ansofverhöfe wurden für unentbehrliches Leder zu noch stärker ermäßigten Preisen geäußt. Für Lederwaren, deren Fabrikanten sich auf Grund der hohen Löhne und anderen Unkosten zu wesentlichen Preissteigerungen noch nicht entschlossen haben, ruht das Gesetz vollkommen.

Entsprechend dieser allgemein herrschenden Stimmung ist der Verlauf der Wette vom In- und Auslande ziemlich schwach, und den anmehmenden Besuchen benutzt ein großer Teil der Wette nur zur Orientierung, ohne Aufträge zu erteilen. Ausländische Einkäufer haben zum Teil von ihren Firmen die direkte Bestellung, Abschlüsse nicht zu tätigen. Selbstverständlich gibt es von diesem allgemeinen trüben geistlichen Bild Ausnahmen, und auf den verschiedenen Gebieten sind Aussteller in der Lage gewesen, Auftragsaufträge aus Amerika und den neutralen Ländern zu haben. Gerade für das Exportgeschäft sind die Verhältnisse in der Lederwarenindustrie sehr beachtenswert. Hier zeigen sich bereits die unheilvollen Folgen der tief empfundenen Ungleichung an den Weltmarktpreisen. Diese Preisangleichung, die sich in der von den Hesseit besetzten Lederindustrie so stürmisch vollzogen hatte, hat den Händlern und Fabrikanten dieser Branche zwar zunächst tiefenhafte Beglühungen in den Sack geworfen, führt aber nach sich wieder nach Besserung der Salina die Tatsache geltend, daß die

Lebenswareindustrie durch die außerordentliche
Schiffenlieferung bereits auf einzelnen Gebieten
ihre Konkurrenzfähigkeit im Inlande eingebüßt
hat. Der Mangel der Preise für die Fertigfabrikate,
in denen die hohen, noch nicht abwärtsgehenden
Preise, ist naturgemäß höher, als der Preis-
ausgleich bei den Rohstoffen und Halbfabrikaten,
und bei manchen Rohstoffen drohen die Lieferungen
aus den guten Zonen schnell aufzuhören zu sein.

Niemand ist in der Lage, vorauszuweisen, wie
weit sich der Preissturz jetzt fortsetzen wird, und
niemand weiß, ob nicht auf den Preissturz im Zu-
sammenhang mit der Balmverfälschung noch einmal
eine Epoche neuer starker Preissteigerungen folgen
mird. Wenn aber in einer ungewissen Zukunft
die Preise ständig nach dem Balmstande stetig
schwanken, so bedeutet das eine Beeinträchtigung der
Industrie und des ganzen Wirtschaftens, die der
Gesamtwirtschaft und den einzelnen Unternehmen
verderblich sein muß. Die Geschäftserfahrungen
auf der Frankfurter Messe wurden hoffentlich da-
zu beitragen, den Preis dafür zu klären, daß die
sogenannte Angelegenheit an den Weltmarktpreis so
lange kein Hindernis sein kann, und daß sie so lange
eine praktische Unmöglichkeit ist, wie das Problem
der Stabilisierung der Balmverhältnisse noch un-
gelöst ist.

Was Deutschland geleistet hat.

Berlin, 8. Mai. Über die Aufwendungen,
die Deutschland bis jetzt bereits zu Gunsten der Al-
lierten gemacht hat, und über die Opfer, die es ge-
bracht hat und gegenwärtig noch bringt, wird an-
derer folgendes von zuständiger Seite mitge-
teilt:

An erster Stelle ist als eine Deutschland auszu-
scheidende Leistung zu nennen die Saargru-
ben, deren Wert nach vorläufigem Urteil des
preussischen Handelsministeriums mit einer Warde
Wert nicht zu hoch anzusetzen ist.

Es folgt als zweiter deutscher Aktusposten das
Reichs- und Staatsvermögen in den
abgetretenen Gebieten, das nach Meinung der zu-
ständigen Stellen einen Wert von fast sieben Milli-
arden repräsentiert, wobei nicht berücksichtigt sind
die deutschen Vermögenswerte in Belgien, Frankreich
und in Rußland und Moldau, das kaiserliche Eigen-
tum im Gebiet des ehemaligen Königreichs Polen
und ebenso der deutsche Kolonialbesitz.

Danach sind in Anbetracht der bisher
tatsächlich geleisteten Wiedergutmachungen gemäß
Artikel 236 des Friedensvertrages, so wie sich die
Reihe dieser Posten um Mitte April darstellt, es
berechnet sich dabei ein Wert von insgesamt etwa
2,5 Milliarden Mark.

Für die deutsche Handelsflotte wird
ein Wert von 8 1/2 Milliarden in Anbetracht zu bringen
sein.

Ein weiterer Bestand wird dargestellt durch die
in Frankreich und Belgien gebliebenen Aktiva-
güter, die nach unrichtiger, jedoch ständiger
Schätzung Werte von insgesamt 7 Milliarden dar-
stellen.

Eine ebenfalls auf die Wiedergutmachung un-
bedingt anzurechnende Leistung stellen dann die
Liquidationen der deutschen Unter-
nehmungen im Ausland dar. Hier han-
delt es sich ausschließlich um unübersehbare Milliarden-
werte, die die Unternehmen von heroischen und
produktiver Bedeutung waren. Einen besonderen
Posten stellen schließlich die Staatsschulden Oester-
reich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei bei
Deutschland dar, deren Gesamtwert auf 7 Milliarden
berechnet wird. Es kommen weiter in Frage die
Rolle und Steuern in den besetzten Gebieten, die
die Entente für sich einbehielt, die sie nicht an uns
abhielt. Diese belaufen sich bis Ende März auf
212 Millionen Mark. Zu diesen Leistungen kommen
aber noch hinzu die Aufwendungen für die Dis-
positionstruppen und für die verschiedenen inter-
nationalen Kommissionen.

Die Gerüchte über die Räumung der besetzten Städte.

Der „Daily Chronicle“ glaubt zu wissen, daß
die Räumung der besetzten Städte gegenwärtig
ausgesetzt wird, da die deutschen Behörden aus
dem Ruhrgebiet hinter die vorgeschriebenen Linien
zurückgezogen worden sind. Es ist wahrscheinlich,
daß die Räumung am Ende des Monats, an dem die Kon-
ferenz in Spaas eröffnet wird, beendet sein wird.

Nach einer Mitteilung der Hauptquartiere aus
Münster hat die deutsche Regierung dem General
Koch mitgeteilt, daß die überflüssigen Truppen im
Ruhrgebiet bis zum 10. Mai zurückgezogen sein
werden, daß also die Räumung der neutralen Zone
zu diesem Zeitpunkt beendet sein wird. Nachdem
der Bericht der Kontrollkommission — dem aus-
sauerländischen „Echo de Paris“ zufolge — den all-
gemeinen Rückzug der Truppen bestätigt, sind somit
deutschseits die Vorbedingungen für die Räumung
Frankfurts und des übrigen neudefinierten Gebietes
erfüllt.

Deutschland will Klarheit.

Der Korrespondent der „United Press“ in Ber-
lin erzählt, in der Reichsanstalt wird erzählt, daß
Deutschland vor allem wünsche, daß folgende Punkte
erklärt werden: 1. Die Höhe der zu bezahlenden Ge-
samtschuldung, 2. Die Art und Weise der Be-
zahlung dieser Schuldung, 3. Die Frage der Er-
leichterung der abzuführenden Summen und des Zinses
usw., 4. Die für die Aufrechterhaltung der Ordnung
im Reich zu treffenden Maßnahmen und vor allem
die Frage der Bekämpfung der Inflation. Deutschland
wird außerdem seine baldige Zustimmung zum Völker-
bund, sowie seine Teilnahme an den Beratungen des
Obersten Rates verlangen.

Die wirtschaftliche Krise in Deutschland.

Über die Unterredung, die der deutsche Ge-
schäftsführer in Paris, Dr. Woner, mit dem fran-
zösischen Ministerpräsidenten Millerand hatte, be-
richtet die „Chicago Tribune“: Dr. Woner berichtete
Millerand, daß die deutsche Regierung gewillt sei,
die wirtschaftliche Krise zu beheben. Die deutsche
Regierung wünsche, daß nicht die jährliche, sondern
die Gesamtsumme der von Deutschland zu zahlenden
Entschädigung festgesetzt werde. Eine bestimmte
Verpflichtung zu übernehmen, welche Deutschland
in den nächsten Jahren bezahlen könne, sei Deutsch-
land nicht in der Lage.

Kein deutsches Ersuchen um die Verschlebung
der Konferenz von Spaas.

Berlin. Ein holländisches Nachrichtenbüro
hat sich aus Brüssel melden lassen, die deutsche Re-
gierung werde eine Note an die französische Re-
gierung richten mit der Bitte um Aufschub der Kon-
ferenz von Spaas bis nach dem 6. Juni, also bis
nach den deutschen Reichstagswahlen. Hierzu er-
klären wir von zuverlässiger Seite, daß eine solche
Absicht bei der deutschen Regierung nicht besteht.

Scharfe Angriffe gegen Clemenceau.

Paris. Der sozialistische-radikale Poli-
tiker François Bonillon rief im „Matin“ einen
scharfen Angriff gegen Clemenceau und Tardieu als
Hilfsherren des für Frankreich unbilligen Vertrages
von Versailles. Er schreibt: Auch in Frankreich
gibt es eine Frage der Schuldigen und die Stunde
naht, wo sie gerichtet werden sollen.

Was sagt Wilson dazu?

Hochachtungsvolle Entschuldigungen über die en-
glandfreundliche Beteiligung der Welthochseer-
Compagny an dem Beginn des Weltkrieges
hat an der „St. Louis“ veröffentlicht. Ent-
schuldigungen, die bisher sorgfältig gehütet wurden,
werden preisgegeben. Es geht daraus hervor, daß im
offenen Widerspruch zu der neutralen Haltung die
Welthochseer-Compagny während des ersten
Kriegsjahres 25 Unterseeboote für England gebaut
hat, daß dieselbe Großfirma während des Krieges
mehr große Geschiffe als Deutschland am Tage des
Waffenstillstandes belief, geliefert und ein Siebteil
aller Großgeschiffe, die im Kriege von den Alliierten
abgekauft wurden, hergestellt hat. Die Entschuldigun-
gen sind der deutsche Beweis dafür, mit wel-
cher Rücksichtslosigkeit sich amerikanische Groß-
industrielle zu einer Zeit, als die Vereinigten
Staaten noch offiziell neutral waren, über die
Grundzüge des Völkerrechts hinwegsetzten, solange
es die Befriedigung ihrer eigenen Wirtschaftsinteressen
galt.

Eine sozialdemokratische Skizze gegen die hegemonialen Lohnforderungen.

Wichtigste der neuen Lohnforderungen der Natio-
nalen Erwerbslosen-Organisation in Belgien schreibt
die mehrheitlich sozialistische „Freie Presse“:
Mit der Bewilligung hoher Löhne ist es nicht
getan, wenn dadurch die Einkommen soweit zurück-
gehen, daß die bewilligten Löhne nicht gezahlt wer-
den können, weil einfach kein Geld vorhanden ist.
Die Erhöhung der Löhne der belgischen Arbeiter
und Angestellten um 10 Prozent erfordert jährlich rund
50 Millionen. Woher sollen diese Summen gekom-
men werden, da von jetzt an das Reich allein die
Hälfte der direkten Steuern liefert hat? Zahl-
reiche Betriebe werden bankrott, weitere zahlun-
gsfähige Arbeiter werden arbeitslos und können viel-
leicht nicht einmal die Erwerbslosenunterstützung
erhalten. Eine teilweise Senkung des Wirtschafts-
lebens und die Senkung des Lebens der gesamten
Bevölkerung sind nur möglich, wenn die Arbeiter-
schaft von dem Lohnkampf absteht und durch immer-
währende Verhandlungen ihre Forderungen zu
erfüllen. Das direkte Gegenteil muß eintreten. Die-
sen Tatsachen muß man nunmehr das Gesicht sehen.
Jedes Nichtsehenwollen ist einfach Feigheit.

Kapitän Ehrhardt teilt zurück.

Kapitän Ehrhardt, der Führer der im Münster-
lager in der Aufstellung begriffenen Marinebrigade
hat den Befehl über die Brigade niedergelegt und
das Lager verlassen. Er hat seinen Abschied der
Truppe in einem Briefe bekanntgegeben, der Sam-
stag vormittag den Soldaten durch den Chef des
Stabes mitgeteilt wurde. Etwa ein Fünftel der
Brigade Ehrhardt ist bereits ins Ruhrgebiet zurück-
gekehrt. Der Rest wird zum größten Teil bis Ende
des Monats entlassen sein.

Die Pläne des Verlegers Stinnes.

Die Schwerindustrie bemüht sich seit längerer
Zeit, in der reichshauptstädtischen Presse Boden zu
finden. Seit einigen Jahren hatte sie bereits starken
Einfluß auf den „Scherl-Verlag“ und auf den in ihm
erscheinenden „Nationalen“ gewonnen. Aber das
genügt ihr nicht und nun ist es Hugo Stinnes ge-
lungen, auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in
schwerindustriellen Besitz zu überführen. Welche
Pläne damit verfolgt werden, geht aus folgenden
Ausführungen des „Vorwärts“ hervor:

Stinnes und seine ihm wirtschaftlich und po-
litisch nahestehenden Freunde deutschsprachigen haben
seit einer Zeit die Gründung eines großen deutschen
Weltblattes, das in seiner Ausdehnung alles in den
Schatten stellen soll, was bisher im deutschen Zeit-
ungswesen geboten worden ist. Ein Blatt im Stil
des „Pariser Matin“, der durch seine glänzende
journalistische Aufmachung und seinen hervorragenden
Berichterstatter eine Millionenzahl von Lesern
gewann, die er dann in den Dienst seiner chauvinisti-
schen Politik stellte. Bereits seit zwei Monaten
sind die Agenten Stinnes' dabei, in ganz Deutschland
nach den geeigneten journalistischen Kräften zu
suchen. Ein großartiges Korrespondentenetzwerk im
Auslande ist mit Hilfe der internationalen Ge-
schäftsbeziehungen von Stinnes im Werden. Trotz
der Krise des Zeitungsgeschäftes glaubt man auch
den finanziellen Erfolg zu sehen, weil man sich
langst heimliche für den Betrieb der Zeitung not-
wendigen Rohmaterialien gesichert hat. Stinnes hat
Wälder für das Papierholz, er hat Metalle, er ist
an den in Frage kommenden Maschinenfabriken be-
teiligt, er hat bereits eine Papier- und Holzstoff-
fabrik sowie eine Schmelzhütte. Alles zum
Betrieb der Zeitung notwendig wird er selbst pro-
duzieren. Die Verlagsorgane, die den Nachrichten-
dienst der anderen großen Blätter ersetzen.
Nennen ihn nicht drücken, der im Auslande mit an-
sehnlichen Unternehmungen beteiligt ist, die dort
Kriegsmaßnahmen in der Währung der betreffenden
Länder erfüllt haben und von denen winzige Divi-
dende genügen, um Herrn Stinnes einen fabrikalen
Nachschußdienst zu verschaffen. Hier wird etwas
ganz Neues in der deutschen Presse — aber ein
Welt, das bisher alles andere als Segen stiftet wird.

Keine Kartoffelreserve.

Berlin. Zu den Meldungen in der
Presse über die Sitzung der Reichskartoffelstelle
ist ergänzend und zum Teil berichtigend mitzu-
teilen: Die von einigen Zeitungen an den
Sitzungsbericht geknüpfte Wendung, daß eine
Reiseregierung der Kartoffelwirtschaft im nächsten
Erntefolge durch die Schaffung einer Reichs-
reserve von hundert Millionen Zentnern von
allen Seiten Zustimmung gefunden und daß
auch die Reichsregierung mit diesem Plane
einstimmend sei, ist unrichtig. Die Regie-
rung und das Ministerium für Ernährung und
Landwirtschaft nahmen eine endgültige
Stellung zu den Vorschlägen noch nicht ein.
(Also, rin in die Kartoffeln, raus...)

Kleine Mitteilungen.

Verschlebung der Konferenz von Spaas? Man
ist in Paris der Meinung, daß die Begegnung von
Millerand mit Lloyd George erst in etwa 14 bis 18
Tagen stattfinden wird, wodurch die Konferenz in
Spaas eine Verzögerung erleiden dürfte.

Amerika und der Frieden. In einer Rede be-
züglich der Unterzeichnung des Friedensvertrages
mit Deutschland erklärte Senator Knox, daß dem
Kongress das Recht zustehe, dem Kriege ein Ende zu
machen. Der Völkerverbund müsse von Grund auf
umgebaut werden. So wie er jetzt sei, könne er
nur dazu führen, neue Konflikte heraufzubeschwören.

Der Wiederaufbau. Paris. Der „Zentral-
blatt“ meldet: Die Wirtschaftskonferenz, die in etwa
zehn Tagen in Paris abgehalten wird, wird einzig
und allein sich mit der Wirtschaft Frankreichs und
Deutschlands an dem Wiederaufbau der zerstörten
Gebiete und mit Wirtschaftsförderung beschäftigen. Es
wird hauptsächlich, daß die französische Regierung
voraussetzungen einen Vorschlag über die Art der zu-
rückgestellten Deutschland am Wiederaufbau
der zerstörten Gebiete machen wird.

Erhebung gefallener deutscher Krieger. Paris.
Das Komitee, das die Feier des amerikanischen Ge-
denktages (30. Mai) vorbereitet und an diesem Tage
Kranke und Wunden an den Gräbern der in Frank-
reich gefallenen amerikanischen Soldaten niederlegen
wird, wird den an der Seite der Amerikaner be-
stehenden deutschen Soldaten die gleiche Gabe und die
gleiche Ehrung darbringen.

Wisslitz gestorben. Rom. Leonidas Wisslitz,
der Führer der reformistisch-sozialistischen Partei in
Österreich, ist gestorben. Wisslitz, der seinerzeit
die Annäherung Österreichs an Deutschland wollte,
nahm als einfacher Soldat am Kriege teil, war dann
zweimal Minister. Man sah in ihm den künftigen
Premierminister.

Schlechte Ernteaussichten auf dem Weizenmarkt.
Der englische Minister für Ernährungserzeugnisse er-
klärte im Unterhaus, daß keine Aussicht auf eine
Verbesserung der Vorräte an Weizen und Zucker be-
stehe und die Weltmarktpreise geringer ausfallen
würden. Die Vereinigten Staaten könnten 4 Mil-
lionen Tonnen weniger ausführen als im laufenden
Erntejahre. Es sei eine Preissteigerung in Weizen
zu befürchten, die ihren Einfluß auf alle anderen
Lebensmittelpreise geltend machen müsse.

Abfertigung der angeblichen Kriegsbeschädigten.
Im Unterhaus hat Bonar Law durchsagen lassen,
daß die Minister die Kriegsbeschädigten, die sie gegen-
wärtig in ihrer Hand haben, abfertigen würden,
und daß in Paris Maßnahmen ergriffen werden
sollten, die die Auslieferung derer, deren Namen
Deutschland mitgeteilt worden sind.

Kein Schiedsgericht zwischen Italien und
Deutschland. Im englischen Unterhaus erklärte
Herbert Asquith auf eine Frage, daß er nichts von
einem geheimen Vertrag wisse, der vor der Unter-
zeichnung der Verträge zwischen Italien und
Deutschland abgeschlossen sein soll.

Berlin. Das preussische Unterrichtsministerium
erläßt in einer am 1. Mai veröffentlichten, daß sich
in der kaiserlichen Bildungsanstalt in Lichter-
felde, der früheren Robertanstalt, eine Er-
regung unter den Schülern eingestellt habe, die auf
Verhöhnung zurückzuführen sei. Die Verhöhnung
habe sich auf ein russisches Durchschreiben an. Gegebenen-
falls werde die ganze Anstalt von früheren Robertan-
stalten getrennt, die dann an keiner anderen preussischen
Bildungsanstalt mehr aufgenommen werden würden.

Warschau. Die Blätter melden: Ein aus Ruß-
land eingetretener Feindesdruck meldet, daß am 7.
Mai morgens die polnischen Truppen in
Kiew einrückten.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Hochheim. Der Gesangsverein „Frisch und
Mutig“ veranstaltet am Donnerstag, den 12. Christi
Himmelfahrt im Saalbau Kaiserhof Hochheim ein
Konzert mit anschließendem Tagestanz. Der
Verein hat auch für diesmal ein ausserordentlich
gutes Programm zusammengestellt, das allen Ansprüchen
Rechnung trägt. Der Chor, dem ein guter Soli-
stent beigetreten ist, steht unter Leitung des hies. Gesangs-
lehrers Herrn Heinrich Scherhag aus Mainz. (Siehe
Anzeige.)

By Durch die Tages- und Nachpresse geht
eine Notiz, daß am 10. Mai neue Schlacht-
viehpreise in Kraft treten. Dabei werden
Preisangaben gemacht. Demgegenüber muß
festgestellt werden, daß die Angaben falsch
sind. Es schreiben lediglich Verhandlungen
über die Neuregelung der Schlachtviehpreise,
die aber noch nicht über das Stadium der Be-
ratung hinausgekommen sind.

Der Reichskommissar für die Kohlenver-
teilung schreibt: Es werden, offenbar in tenden-
ziöser Absicht, Behauptungen in die Presse ge-
bracht, wonach die besetzten deutschen
Gebiete in der Kohlenverteilung dem un-
besetzten Deutschland gegenüber in unverant-
wortlicher Weise vernachlässigt würden. In
Wahrheit ist aber das Gegenteil der Fall. Der
Reichskommissar trägt peinlich dafür Sorge,
daß die besetzten deutschen Gebiete in der Kohlen-
verteilung dem unbesetzten Deutschland zum
mindesten völlig gleichgestellt werden. Er hat
zur Durchführung dieser seiner Absicht eine be-
sondere amtliche Verteilungsstelle für die Ge-
biete links des Rheines in Köln eingerichtet, die
ihre Wirksamkeit in diesem Sinne ausübt.

Zu den veröffentlichten, vom 6. Mai ab-
gültigen neuen Post- und Telegraphen-
gebühren sind noch eine Reihe weitere Er-
höhungen getreten, deren Kenntnis von Wich-
tigkeit ist. So beträgt die Postausgabe-
gebühr, bisher Fachgebühr, für die gewöhn-
liche Abholung jährlich 12 M. Hierzu zählt
auch die Abholung von Zeitungen bei der Post.
Die Gebühr für ein gewöhnliches „Schließ-
fach“ beträgt jetzt 30 M., für ein größeres
Schließfach 50 M. jährlich. Für jede postfa-
kternde Sendung wird künftig eine Zu-
schlagsgebühr von 10 Pf. berechnet, die vom
Kontak im Voraus zu bezahlen, also bei der
Freimachung mit aufzuliegen ist. Für jedes
Paket, das ohne Verlaß der Post bei der
selben lagert, wird eine Paketlagergebühr von
täglich 30 Pfennig erhoben.

Die Erhebung der Einkommen-
steuer durch Steuermarken. Nach
vorliegenden Meldungen sind die Einführungs-
bestimmungen zu den §§ 45—52 des Reichs-

einkommensteuergesetzes, die den 10prozentigen
Abzug von Lohn, Gehalt usw. regeln, in Vor-
bereitung. Nachdem was bisher darüber be-
kannt geworden ist, tragen die Bestimmungen
dem Prinzip der Kostenersparnis im Betrieb
durchaus ungenügend Rechnung. In Anbe-
tracht der gewaltigen Steigerung aller Löhne
und Gehälter handelt es sich bei der Steuer-
hebung in den einzelnen Betrieben um sehr
bedeutende Geldbeträge, deren Verwaltungs-
arbeit im entsprechenden Maße steigt. Um-
mehr erscheint es gerechtfertigt, daß alle prak-
tischen Vorschläge zur Erleichterung des Ver-
fahrens der Steuererhebung eingehend geprüft
und die durch die neue Erhebungsweise erwach-
senden, ungesunden, vollständig unproduktiven
Kosten der Unternehmensführung möglichst ver-
mindert werden. Der Hansa-Bund hat sich mit
einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium
gemeldet und darauf hingewiesen, daß es durch-
aus ungerechtfertigt ist, dem Arbeitgeber, wie
beabsichtigt, allein die ganze Arbeit des Lohn-
abzuges, Befragung und Einbringen der Mar-
ken in die Steuerarten zuzuschreiben und ihn die
zeitraubende Berechnung in den einzelnen
Spalten der Steuerarten vornehmen zu lassen.

Der Arbeitnehmer hat selbst das größte Inter-
esse an der richtigen Führung der Steuerar-
ten, so daß der hierzu notwendige Arbeitsauf-
wand ihm auferlegt werden kann. Nach Be-
rechnungen größerer Werte würde allein für
die Tätigkeit des Steuerbeamten eine Reuan-
stellung von zwei Angestellten auf 300 Arbeiter
usw. notwendig sein, falls die alleinige Arbeit
auf dem Arbeitgeber lastet. Als Mittel zur
Erzielung von Ersparnissen und zur Entlastung
des Arbeitgebers schlägt die Eingabe des Han-
sa-Bundes vor, daß die von den Arbeitgebern
aus den eingebrachten Lohnabzügen eingekau-
ften und von ihnen entwerteten Steuermarken
dem Arbeitnehmer ausgetauscht werden, und
sich die Führung der Steuerarten überlassen
bleibt. Ferner wird der Vorschlag gemacht,
Unternehmungen von einer bestimmten Größe
an zu gestatten, die Steuermarken nicht
mündlich, sondern in entsprechender Höhe
vielfach für die Verwendung. Mit aller Ent-
schiedenheit tritt der Hansa-Bund für eine Ent-
lastung des Arbeitgebers für seine Tätigkeit
als Steuerentnehmer ein. Das Verlangen des
Hansa-Bundes, daß eine Privatperson für ihn unent-
geltlich mühsame und ihm selbst Unkosten ver-
ursachende Arbeit verrichtet, widerspricht allen
Gesetzgebungsgrundsätzen des öffentlichen Lebens.
Die Arbeitgeberchaft trägt heute schon die gesetz-
lichen und moralischen Lasten der Arbeiter-
und Unfallversicherungen. Der Einzelne
und die Verrechnung der Versicherungsbeiträge
sind nun fraglos eine verwaltungstechnische
Notwendigkeit, während die Erneuerung
des Arbeitgebers zum Steuerentnehmer sachlich
nicht begründet ist.

Auch der Postverkehr ist
teurer geworden. Der Postfachverkehr ist
ebenfalls teurer geworden, da der Preis für
eine Reihe von Postarten und auch veränderte
Gebühren erhöht worden ist. Ein Jahr-
fortschrittsvermerk seit dem 1. Mai 5 Pf.
Man muß auch mindestens 5 Stück auf einmal
nehmen. Ein Schachtel zu 50 Stück, das steht
für 50 Pf. zu haben war, kostet jetzt 2 Mark.
Erhöht worden ist ferner der Preis für die Vor-
drücke mit anhängender Zahlungsart zu Postaus-
trägen, Postprovisionen und Nachnahmen. Ein
Blatt mit 100 Sammelüberweisungen kostet
jetzt 1 M. Für jede Zahlungsart, die man dem
Landbriefträger übergibt, ist jetzt eine Be-
nützungsgeld von 50 Pf. im Voraus zu ent-
richten. Dies kostete ursprünglich nur 5 Pf.
Für die Einlieferungsbestimmungen der
Schiedsämter erhielten die nachweislich in
ursprünglich Vorbrücke für diese Postart
in Wägen zu 100 Stück für 20 Pf., sie kosteten
jetzt 75 Pf., jetzt nicht weniger als 2 M. 50
Pf. Laufschreiben wegen Sendungen der
Postfachverkehrs kosten: 10 Pf. Stück der ge-
wöhnlichen Briefumschläge mit der Aufschrift des
Zusammensollens jetzt 50 Pf., also 10 mal so
viel wie ursprünglich.

ap Nach Mitteilung der polnischen Post-
verwaltung ist die seit dem 16. bestehende
Sperrung der polnischen Grenze für den deutschen
Post-, Telegraphen- und Fernspreverkehr so-
wohl mit Disruption und dem Freitagsverkehr
als auch mit Polen selbst für die Grenzposten
von Posen bis zur Ostsee wieder aufgehoben.
Der in Betracht kommende Verkehr
wird daher wieder in vollem Umfange auf-
genommen.

ap Briefbeförderung nach
Amerika im Mai. Im Monat Mai wird
die deutsche Briefpost nach den Vereinigten
Staaten von Amerika und Durchgangsländern
bis auf weiteres nur mit englischen Dampfern
(etwa zweimal wöchentlich) befördert.

ap Die einschränkende Bestimmung, daß
im Verkehr mit dem deutschen Saargebiet
Verbriefe nur mit Bargeld und Wertpapieren
und nur durch Vermittlung bestimmter Banken
in Saarbrücken erlaubt waren, ist weggefallen.

Vielleicht.
Gestern erfreuten wir uns nach den
täglichen Tagen eines schönen Maien-Sonn-
tags. Das Wetter blieb, obwohl der Himmel
oft recht wolfig war, trocken und die Sonne
schien, sobald die Wolken sie zum Durchbruch
kommen ließen, recht warm hernieder. Das
Wetter eignete sich gut zum Wandern und
wurde auch wirklich dafür ausgenutzt. Schon
zum frühen Morgen sah man viele Wanderer
einzeln und in Trupps hinausziehen.

Ergebnis des Tages bildete die Wiederauf-
nahme des Personenerverkehrs auf dem Rhein-
durch die Köln-Düsseldorfer Gesellschaft.
Abdrang zu den Schiffen war jedoch nicht
stark, was seinen Grund wohl zum Teil in dem
für Rheinfahrten noch etwas zu kühlen Wetter

In Berlin haben am Sonntag verschiedenes Rundgebungen stattgefunden, außer der der Turner und Sportsleute für ein Spielturnier und eine Folge der am Ausstellen Interessierten gegen die Unbarschaftssteuer. Es erfolgte auch eine kollektive Rundgebung im Zigarren- und einem Umzug die Linden davor bis zum Kolosseum und einer Massenrundgebung im Jüdischen Park, in welcher als Vertreter der russischen Sozialrevolutionäre Schapow, Mitglied der russischen Gewerkschaften, französisch sprach, während Dänwig bewachte. Eine Entschlüsselung der Versammlung sprach die Symptome des deutschen Protektariats für Sozialismus aus. Dann sprach Dänwig über Sozialrevolution und Räuber, zum Schluss Edward Müller für die Chinesen des Protektariats durch Unkenntlichkeit der Betriebskräfte, die auch in den politischen Kampf eintreten müssen.

(Handdruck verboten.)

Stiftliche Zeugnisaufstellungen

Nein, nein, ich fühle mich ganz wohl. T

bis | **Aluminiumfolie**

U NIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY

Bekanntmachung.

7.30 bis 12.30 Uhr werden im Rathhaus, Zimmer

Befanntmachung.

Befanntmachung

der Genossenschaft

Donnerstag, den 11. Mai

agistrot. 31800

bers: Karl Rucklins

Der Magistrat.

Der Magistrat, Herzöcher.

D. S. B.

Michigan